

Michael Matheus

DIE MAINZER REPUBLIK:
NEUN BEOBACHTUNGEN*

SONDERDRUCK AUS:

MAINZER ZEITSCHRIFT

MITTELRHEINISCHES JAHRBUCH
FÜR ARCHÄOLOGIE, KUNST UND GESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN VOM ALTERTUMSVEREIN
IN VERBINDUNG MIT
DER DIREKTION LANDESMUSEUM
DEM STADTARCHIV
UND DER STADTBIBLIOTHEK MAINZ

115./116. BAND · 2020/2021

SELBSTVERLAG DES MAINZER ALTERTUMSVEREINS E.V.

DIE MAINZER REPUBLIK: NEUN BEOBACHTUNGEN*

Im Zeitraffer sollen zum besseren Verständnis der folgenden Überlegungen zunächst einige markante Punkte jener mit dem Namen der Mainzer Republik verbundenen Ereignisse angesprochen werden. Dabei ist es in der Geschichtswissenschaft üblich geworden, ihr eine Lebensdauer von neun Monaten von Oktober 1792 bis Juli 1793 zuzuschreiben. Nach der Kanonade von Valmy marschierten französische Truppen unter General Adam Philippe de Custine durch die Pfalz und Rheinhessen und besetzten am 21. Oktober 1792 Mainz. (Abb. 1) Es folgte am 23. Oktober die Gründung des Mainzer Jakobinerklubs, im folgenden Monat die Einsetzung einer „Allgemeinen Administration“ für das besetzte Gebiet sowie die Etablierung von „Munizipalitäten“ in Mainz, Worms und Speyer. Auf der Basis einer Wahlordnung und zugleich unter Eidzwang kam es am

24. Februar 1793 zur Wahl von Munizipalitäten und Konvent. Am 17. März wurden der „Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent“ in Mainz konstituiert und am 18. des Monats der „Rheinisch-Deutsche Freistaat“ ausgerufen. Alliierte Truppen deutscher Staaten schlossen Mainz am 14. April ein; nach mehrmonatiger Belagerung kapitulierten die Franzosen am 23. Juli und verließen die Stadt.

* Zu Nachweisen von Quellen und Literatur vgl. Michael MATHEUS, Die Mainzer Republik – Französischer Revolutionsexport, deutscher Demokratieversuch, Mosaikstein einer europäischen Freiheitsgeschichte. In: Hans Berkessel, Michael Matheus, Kai-Michael Sprenger (Hgg.), Die Mainzer Republik und ihre Bedeutung für die parlamentarische Demokratie in Deutschland (Mainzer Beiträge zur Demokratieggeschichte 1). Mainz 2019, S. 14–33.

Abb. 1: Versammlung des Mainzer Jakobinerklubs im kurfürstlichen Schloss. Lavierte Federzeichnung (Foto: © Landesmuseum Mainz).



1. Spiegel historischer Konstellationen und zeitbedingter Fragestellungen

Die Interpretation der kurzlebigen Episode der Mainzer Republik war bereits unter den Zeitgenossen umstritten. Als Geschichte von Verlierern wurde sie lange Zeit weitgehend marginalisiert und im Kontext der sogenannten deutsch-französischen Erbfeindschaft aus deutscher Perspektive allenfalls als Schandfleck wahrgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnete die deutsch-französische Aussöhnung die Möglichkeit, die Mainzer Jakobiner nicht mehr nur als Handlanger von Besatzern in den Blick zu nehmen. Zugleich wurden zwei deutsche Staaten gegründet, die beide für sich in Anspruch nahmen, Demokratien zu sein. Im Kontext von Kaltem Krieg und Ost-West-Gegensatz wurden die Ereignisse von 1792/93 bis 1989 in vielfältiger Weise instrumentalisiert und zum Gegenstand heftiger Kontroversen. Seit den neunziger Jahren haben die wissenschaftlichen Debatten an Schärfe verloren, und zugleich wuchs die Bereitschaft zu einer positiveren Verortung der Mainzer Republik.

2. Versachlichung der Bewertung durch wissenschaftliche Diskurse

Zu den unverzichtbaren Voraussetzungen moderner Demokratien zählt, dass die immer von unterschiedlichen Einschätzungen und Kontroversen begleitete wissenschaftliche Produktion historischen Wissens unabhängig von religiösen und politischen Instanzen erfolgt. Nach 1989 wurden politisch-ideologisch geprägte Interpretationen wie jene der Mainzer Jakobiner als Vorfahren einer Proletarischen Revolution im Sinne des historischen Materialismus obsolet. Für eine differenzierte Beurteilung ist die von Franz Dumont in seinem bis heute grundlegenden Werk erarbeitete Einteilung der Ereignisse in drei Phasen wichtig. Vor allem während der beiden letzten Phasen erscheint die Mainzer Republik im Kontext sich zuspitzender kriegerischer Ereignisse aus der Perspektive liberaler, rechtsstaatlicher und parlamentarischer Demokratien der Gegenwart als widersprüchlich und janusköpfig, wie auch jene damit in Zusammenhang stehenden Ereignisse, die wir unter der Chiffre der Französischen Revolution subsumieren. In Mainz kam es zu erzwungenen Eidesleistungen auf die oktroyierte Freiheit, zu Einschüchterungen, Schikanen und Plünderungen, zu gewaltsamen Repressionen und Vertreibungen, von denen auch viele jüdische Familien betroffen waren. Zu dieser Gewaltgeschichte zählen auch die Leidensgeschich-

ten jener Frauen und Männer, die als Anhänger der Mainzer Republik galten und in Gefängnissen wie auf der Burg Königstein eingekerkert wurden. Freilich sollten die demokratischen Experimente zwischen Landau und Bingen nicht ausschließlich an den Kriterien uns vertrauter moderner Demokratien gemessen, sondern aus den Möglichkeiten der damaligen Zeit heraus verstanden werden. Zudem wissen wir nicht, wie die nach dem Zweiten Weltkrieg sich formierenden Demokratien Europas in existentiellen Krisen und angesichts von Gewalt und Gefährdung von außen reagieren. In der Gesamtbewertung kann es nicht um ein entweder oder und damit darum gehen, den ersten Versuch, moderne demokratische Formen auf deutschem Boden zu etablieren, gegen „Terror, Gewalt und Zwang“ auszuspielen, sondern um ein sowohl als auch. Nur auf dieser Grundlage kann ein „differenziertes und kritisches Gedenken“ (Walter Steinmeier) an die Ereignisse von 1792/93 gelingen.

3. Offene politische Diskurse und Politisierung breiter Schichten

Auseinandersetzungen generieren bekanntlich Quellen. Dies gilt auch für die Zeit der Mainzer Republik und die in ihrem Kontext entstandene umfangreiche Publizistik. Dabei ging es den Mainzer Jakobinern ebenso wie den gegenrevolutionären Kräften um die Propagierung der eigenen Sache und um Diffamierung des jeweiligen Gegners. Akteuren, die zwischen den beiden Lagern zu vermitteln suchten, gelang es kaum, sich Gehör zu verschaffen. Alle nutzten virtuos die zur Verfügung stehenden medialen Kanäle wie Flugschriften und Periodika, Gedichte und Lieder. Die Vertreter des Ancien Régime appellierten dabei vor allem an die Loyalität von Untertanen, die Mainzer Jakobiner setzten dagegen auf politische Bewusstseinsbildung von Bürgern. In der ersten Phase der Mainzer Republik waren bemerkenswert offene politische Diskurse möglich sowie ein beachtliches Bemühen um politischen Konsens. Zugleich wurde aufs Ganze gesehen eine neue Dimension der Politisierung breiter Schichten und damit eine neue Qualität politischer Kultur erreicht.

4. Mosaikstein einer europäischen Geschichte der Partizipation und Freiheiten

Die von Franz Dumont geprägte Formel von der Mainzer Republik als „Französischem Revolutionsexport und deutschem Demokratieversuch“ spiegelt

die Intentionen und Perspektiven der damals handelnden Akteure nur partiell wider. Denn deren Debatten eröffnen interessante Anhaltspunkte, um über Traditionen und Brüche nicht nur einer deutschen und französischen, sondern einer europäischen Freiheitsgeschichte nachzudenken. Führende Protagonisten der Mainzer Republik erinnerten an Traditionen dieser Freiheitsgeschichte und beriefen sich zugleich auf sie. (Abb. 2) Auf sie verwies beispielsweise der Weltreisende und Gelehrte Georg Forster, das „Aushängeschild“ der Jakobiner in Mainz. In einem Zeitungsartikel bezeichnete er 1793 mit Blick auf den Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent die anstehende Wahl als ein Recht, „das ihren Vorvätern von Despoten entrissen wurde.“ Er bezog sich damit auf die Eroberung von Mainz durch erzbischöfliche Truppen im Jahre 1462 und den Untergang der mittelalterlichen Stadtfreiheit. (Abb. 3) Auch Johann Friedrich Lehne und andere beschworen die damalige Opferbereitschaft der Bürger im Kampf für ihre Unabhängigkeit. Die dreihundert 1462 gefallenen Bürger waren Lehne zufolge in den Gewölben der Agnesenkirche bestattet. Auf diese Weise reklamierte der spätere Konservator der Mainzer Altertümersammlung einen Gedenk- und Erinnerungsort an den Verlust der Mainzer Stadtfreiheit. (Abb. 4) Nicht



Oben
Abb. 2: Georg Forster.
Gemälde von Johann
Heinrich Wilhelm
Tischbein (1751–1829),
vermutlich 1785
(Foto: © Weltkulturen
Museum Frankfurt a.M.).



Mitte
Abb. 3: Friedrich Lehne
(Foto: © Stadtarchiv
Mainz).

Unten
Abb. 4: Kloster St. Agnes
(Foto: © Stadtarchiv
Mainz).



nur der begeisterte Philhellene Lehne spielte mit den dreihundert getöteten Mainzer Freiheitskämpfern auf die entsprechende Zahl gefallener Spartiaten während des Freiheitskampfes der Griechen gegen die Perser an. Die lokale Freiheitsgeschichte wurde auf diese Weise mit europäischen Perspektiven ver-

knüpft. Die Geschichte von Freiheiten, Formen der Repräsentation und Partizipation beginnt vor allem unter wahrnehmungs- und rezeptionsgeschichtlichen Aspekten eben nicht erst mit der Französischen Revolution. Dies war den Mainzer Jakobinern offensichtlich mehr bewusst als uns heute.

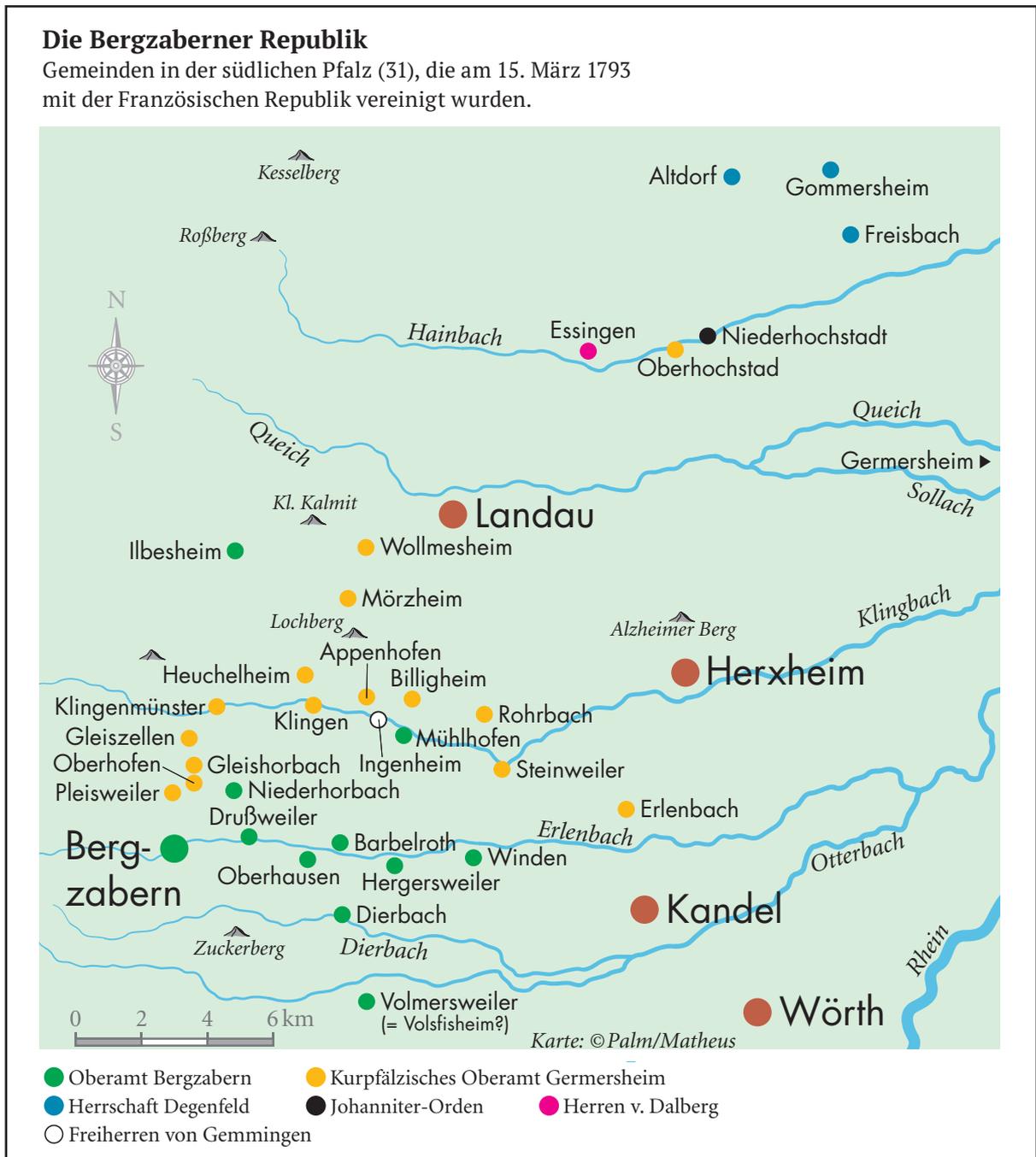
Abb. 5a u. b: Die Bergzaberner Republik (Karte: Palm / Matheus).



5. Vielfalt und unterschiedliche Traditionen zwischen Landau und Bingen

Schon die Chiffre von der Mainzer Republik kann dazu verleiten, bei der Analyse der Vorgänge von 1792/93 zu sehr die Mainzer Vorgänge in den Mittelpunkt zu stellen. Die Begeisterung für die Ideale der Französischen Revolution auf der einen und deren Ablehnung auf der anderen Seite mobilisierten aber auch Bewohner in zahlreichen Dörfern und Städten zwischen dem Mittelrhein und der Pfalz. In den Debatten spielten auch dort neben den aus

Frankreich aufgegriffenen Losungen wie denen von der „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ historisch fundierte Freiheitsdiskurse eine Rolle. So waren in der Freien und Reichsstadt Worms die im Mittelalter europaweit erkämpften Vorstellungen stadtbürgerlicher Freiheit in ganz anderer Weise als in Mainz weiterhin präsent und wirksam. Die städtische Verfassung privilegierte die lutherische Mehrheit, und die mit ihr verknüpften Ideen konkurrierten mit der neuen französischen Freiheit gleicher Bürgerrechte. Die meisten Lutheraner wollten ihre angestammte Stadtfreiheit nicht verlieren, die Minderheiten der



Katholiken und Reformierten sowie eine Gruppe aufgeklärter Lutheraner plädierten für die neuen Freiheiten. (Abb. 5a u. b) Auch die Bewegungen in der pfalz-zweibrückischen Oberamtsstadt Bergzabern und in weiteren, vor allem kurpfälzischen Gemeinden, orientierten sich an der Französischen Republik. Die Akteure griffen aber zugleich auf traditionelle kommunalistische Elemente für die Organisation ihrer „besonderen Republik“ zurück, welche 1793 in die Republik Frankreichs aufgenommen wurde.

6. Erinnerungsorte als Bestandteile politischer Kultur

Wie mit der vermeintlichen Grabstätte der 1462 gefallenen Mainzer Bürger in der Klosterkirche St. Agnes reklamierten bzw. schufen Mainzer Jakobiner Erinnerungsorte. Dabei gilt damals wie heute: Nicht selten spiegeln solche Orte und mit ihnen verknüpfte Jubiläen mehr Befindlichkeiten der eigenen Gegenwart, als dass sie das historische Ereignis aus wissenschaftlicher Perspektive angemessen würdigen. Politische Gemeinwesen, auch Demokratien,

kommen freilich ohne Orte der Erinnerung als symbolische Kristallisationspunkte gemeinsamer Geschichte nicht aus. Diese erwachsen allerdings nicht von selbst aus historischem Geschehen, sie werden von Menschen geschaffen und gestaltet, und unterliegen ihrerseits historischem Wandel. So wie Demokratien vergehen können, können historische Erinnerungsorte wie St. Agnes abgerissen werden und verschwinden. In Demokratien werden sie nicht verordnet, sondern sind Ergebnisse von Diskussionen und bisweilen kontroversen Debatten. (Abb. 6) Mit der Stele zur Mainzer Republik und der Umbenennung des Platzes vor dem Landtagsgebäude wird seit 2013 auf den Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent von 1793 und die Mainzer Republik verwiesen. Damit wird an eine Versammlung im Gebäude des Landtags von Rheinland-Pfalz erinnert, die Elemente moderner parlamentarischer Demokratien verkörpert, unseren heutigen Maßstäben in mancher Hinsicht aber noch nicht entspricht. Das Deutschhaus wird seit 2015 umgebaut und als Ort demokratischer Debatten und Entscheidungen neugestaltet. (Abb. 7) Dies kann als symbolischer Hinweis gedeutet werden, dass sich demokratische Ordnungen stets als dem Wandel verpflichtete Bau-

Abb. 6: Platz der Mainzer Republik mit Stele, 28. März 2013

(Foto: Martin Bahmann, CC BY-SA 3.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>>, via Wikimedia Commons).



stellen engagierter und mutiger Bürgerinnen und Bürger erweisen. Am Institut für Geschichtliche Landeskunde (IGL) wollen wir dazu beitragen, prominente und weniger bekannte Erinnerungsorte der Demokratie- und Freiheitsgeschichte im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Sie sollen als für Argumente und Empathie offene Lernorte etabliert und weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang ist immer wieder daran zu erinnern, dass Rheinland-Pfalz mit der Mainzer Republik sowie dem Hambacher Fest und Schloss, aber auch der Bergzaberner Republik und dem Zweibrücker Preßverein über besonders markante überregional wichtige Meilensteine der Erinnerungskultur zur Demokratiegeschichte verfügt.

7. Gewalt- und Freiheitsgeschichte

Der Versuch, einem von den Werten der Französischen Revolution inspirierten neuen Verständnis für die Menschen- und Bürgerrechte unter dem Schutz der französischen Eroberer in der Rheinischen Republik Raum zu schaffen, ist bis heute mit dem Odium der Gewalt behaftet. Die abschrecken-

den Erfahrungen mit der Guillotine, dem Terror und der Vernichtung während der Französischen Revolution prägten in Deutschland in besonderer Weise das kollektive Gedächtnis. Darüber sollte aber nicht in Vergessenheit geraten, dass auch in den Jahrhunderten zuvor Menschen bereit waren, zur Erlangung und Verteidigung von Freiheitsrechten zu den Waffen zu greifen. Aufstände und Revolten waren der vormodernen Gesellschaft auch in jenen Landschaften, die zum modernen Staat der Deutschen zählen, mental und strukturell gleichsam eingeschrieben. Die Ausbildung des staatlichen Gewaltmonopols in der Moderne führte dazu, dass die Anwendung von Gewalt ausgehandelten Regeln unterlag und sie – von der Notwehr abgesehen – mit Verboten und Strafen belegt wurde. Gewalt ist allerdings in ihren vielfältigen Erscheinungsformen keineswegs, wie oft suggeriert und von vielen erhofft wurde, aus der Moderne verschwunden; historisch und weltweit gesehen ist sie omnipräsent. Die ihrerseits oftmals erkämpfte Konzentration von Gewalt bei staatlichen Institutionen ist ein hohes Gut und eine unverzichtbare Grundlage menschlichen Zusammenlebens in modernen Demokratien. Aber auch sie bedarf ständig der Legitimierung sowie der Recht-

Abb. 7: Baustelle Landtag (Foto: © Landtag Rheinland-Pfalz / Torsten Silz).



fertigung gegenüber Kritik. Am grundsätzlichen Befund, dass in Vergangenheit und Gegenwart Bewegungen, die nach Mitsprache und Demokratie streben und streben, nicht ohne Gewaltanwendung auskamen und auskommen, ändert dies nichts. Im Kampf um stadtbürgerliche Emanzipation ermordeten Mainzer im 12. Jahrhundert ihren Stadtherrn und Erzbischof. Das war zwar kein Königsmord wie im revolutionären Frankreich, aber immerhin die Tötung eines der mächtigsten Fürsten im Reich, der sich nördlich der Alpen als der zweite Mann nach dem Papst verstand. (Abb. 8) Der mit dem Jahr 1989 markierte Epocheneinschnitt hat nicht nur die Mainzer Republik von der Vereinnahmung durch ideologische Deutungsmuster des historischen Materialismus befreit. Vor dem skizzierten Hintergrund erscheint vielmehr auch der damit einhergehende weitgehend gewaltfreie Demokratisierungsprozess in Deutschland als ein besonders kostbares Geschenk und Vermächtnis.

8. Spannungsfelder: Selbstbestimmung der Bürger, Akzeptanz von Regierungshandeln, bürokratisch-staatliche Bevormundung

Die kurzlebige Mainzer Republik zog keine unmittelbaren Folgen nach sich. (Abb. 9a u. b) Sie kann aber auch deshalb als eine Vorstufe für jene Phase gelten, in der linksrheinische Landschaften Teil Frankreichs wurden, weil Mainzer Jakobiner wie Georg Wedekind erneut und weiter am Rhein wirkten. Die sich in sechzehn Jahren links des Rheins vollziehenden epochalen Umwälzungen erweisen sich freilich als ambivalent. Sie wurden einerseits geprägt vom freiheitlichen Erbe der französischen Revolution und von den Errungenschaften napoleonischer Herrschaft. Andererseits entstanden Grundlagen eines bürokratisch-paternalistischen und etatistischen Erbes. Vormoderne Formen der Partizipation vor allem auf kommunaler Ebene wurden zerstört, und das Vermächtnis staatlich-bürokratischer Bevormundung ist bis heute nicht nur in Begriffen konserviert. In modernen Demokratien gelten das Prinzip der Selbstbestimmung der Bürger und die darauf gründende Akzeptanz von Regierungshandeln als substanzieller und unverzichtbarer Kern. Mit Blick auf gewachsene Traditionen und globale Herausforderungen zählt die schwierige Ausbalancierung und Gewährleistung dieses Prinzips auf individueller, lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und supranationaler Ebene zu unseren schwierigsten und zugleich wichtigsten Aufgaben.



9. Forschungsperspektiven

Der kurze, aber prägnante Abschnitt der Mainzer Geschichte von Oktober 1792 bis Juli 1793 kann als gut erforscht gelten. Und doch existieren bisher nicht ausgewertete Quellenbestände, etwa zu den in Kerkerhaft vegetierenden Jakobinern. Zudem käme es darauf an, vorhandene Quellen einem breiteren Personenkreis mittels elektronischer Erschließung und Präsentation zugänglich zu machen, auch um die bisweilen immer noch polemisch geführte Diskussion um die Bewertung der Mainzer Republik auf der Grundlage einer besseren Erreichbarkeit der Quellen noch stärker zu versachlichen. Das IGL plant in diesem Kontext, die von Heinrich Scheel vorgelegten kommentierten Editionen der Protokolle des Mainzer Jakobinerklubs und des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents in digitaler Form der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Anstrengungen sind mit Blick auf die Quellen zu anderen Orten wie zur Bergzaberner Republik wünschenswert. Aber die Mainzer Republik hinterließ nicht nur



Links

Abb. 8: Der Fall der Mauer: vor dem Brandenburger Tor am 10. November 1989 (Foto: © Barbara Klemm).

Rechts oben

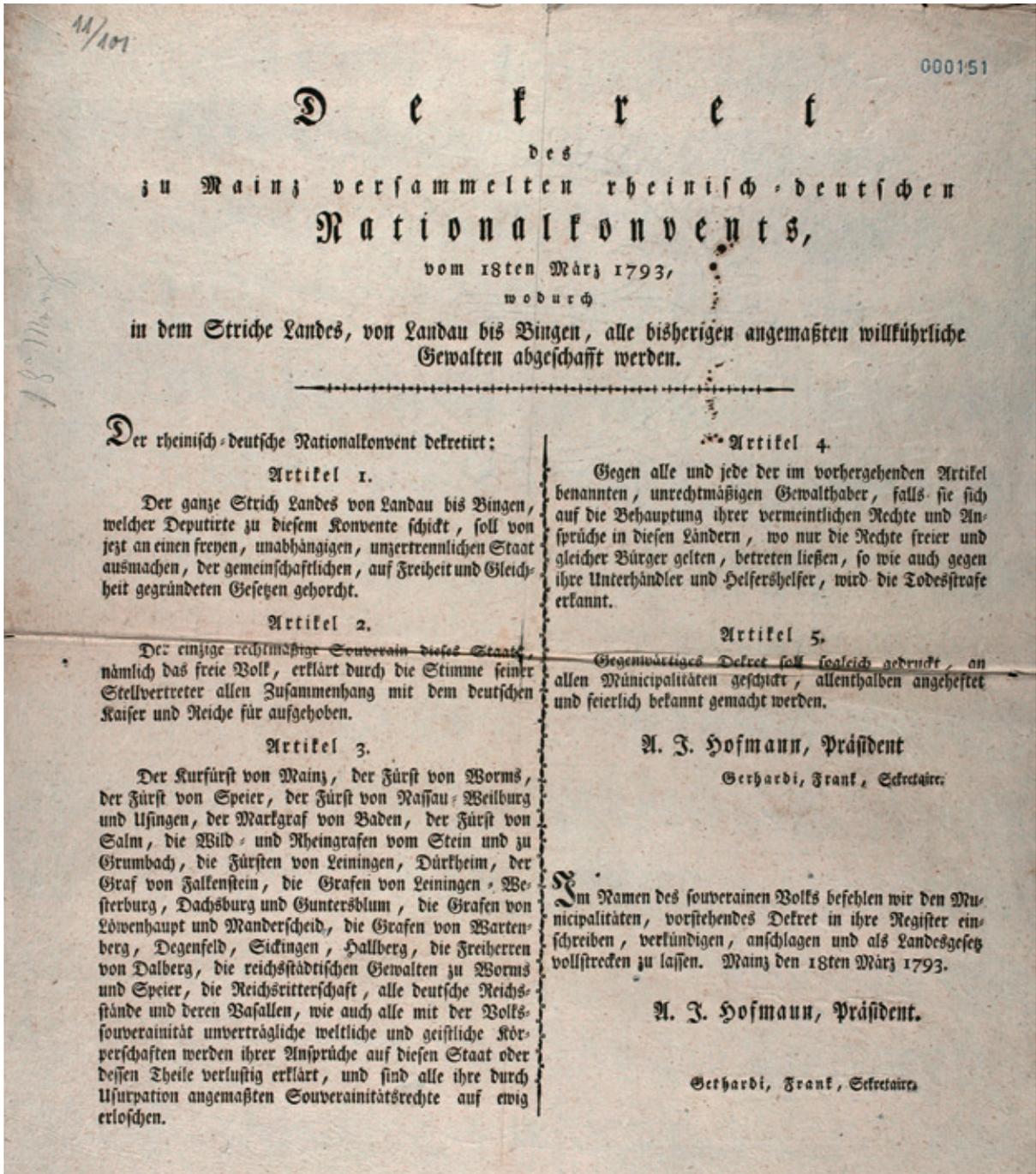
Abb. 9a und b: Medaille auf Georg Wedekind, 1830 (Foto: © Stadtarchiv Mainz).

Rechts unten

Abb. 10: Johann Adam von Itzstein (Foto: © Stadtarchiv Mainz).



schriftliche Quellen, die Ereignisse von 1792/93 erweisen sich mit Symbolen, Bildern, Liedern, literarischen Produktionen auch als ein dynamisches kulturelles Geschehen. Als ertragreich dürften sich akteurszentrierte, kulturgeschichtliche Untersuchungen erweisen, auch vor dem Hintergrund aktueller geschichts- und kulturwissenschaftlicher Debatten. Freilich sollten einzelne Persönlichkeiten und deren Netzwerke nicht nur im Kontext der Ereignisse von 1792/93 gewürdigt werden. Dies gilt besonders für Georg Forster, dessen Rezeptions- und Wirkungsgeschichte ohnehin weit über die Mainzer Republik hinausreicht. Von besonderem Interesse dürften weitere Forschungen zu jenen Akteuren sein, die bei den demokratischen Bewegungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Rolle spielten. (Abb. 10).



Oben
Abb. 11: Das Dekret vom 18. März 1793
(Foto: © Stadtarchiv Mainz).

Rechts
Abb. 12: Straßenschild in Winkel
(Foto: © Gabriele Turban-Lang).



Zu ihnen zählt der Mainzer Jakobiner Johann Adam von Itzstein, dessen Hallgartener Kreis wohl als eine der Keimzellen der Frankfurter Nationalversammlung angesprochen werden kann. Zu ihnen zählt ferner der 1849 in hohem Alter verstorbene Mainzer Universitätsprofessor Andreas Joseph Hofmann, einer der Gründer des Mainzer Jakobinerklubs. Vom Balkon des Deutschhauses rief er als Präsident des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents am 18. März 1793 die erste moderne Republik auf deutschem Boden aus. (Abb. 11) In Winkel im Rheingau erinnert ein Straßename an ihn. (Abb. 12) Der dort lange lebende Hofmann war Zeitgenosse der Ereignisse um das Hambacher Schloss von 1832 und erlebte 1848 noch den Einzug des ersten gewählten gesamtdeutschen Parlaments in die Frankfurter Paulskirche. Als „lebendes Denkmal“ wurde er von Repräsentanten einer neuen liberal-demokratischen Generation wie Heinrich Hoffmann von Fallersleben verehrt. Im September 1843 besuchten der Schriftsteller, Journalist und Publizist Ludwig Reinhold Walesrode sowie Johann Adam von Itzstein Hofmann in Winkel. „Dieser Mann“ – so schrieb Walesrode in einem Brief – „ist die interessanteste Ruine am Rhein.“ Respekt wurde Hofmann aber nicht nur von Gesinnungsgenossen zuteil. An den ehemaligen Mainzer Universitätsprofessor, seinen Lehrer, erinnerte in seinen „Denkwürdigkeiten“ auch Klemens Wenzel Lothar von Metternich. Als der Fürst 1846 sich wieder einmal auf Schloss Johannisberg im Rheingau aufhielt, das ihm 1816 von Kaiser Franz I. überlassen worden war, lud er den im benachbarten Winzeldorf Winkel lebenden Hofmann zu sich ein. Dieser lehnte stolz und distanziert mit dem Hinweis ab, „der Kutscher Europas möge sich gefälligst zu seinem früheren Lehrer hinabgeben.“ Noch nach Hofmanns Tod am 6. September 1849 berichtete am 6. Juni 1850 die „Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung“ von einem Prozess gegen den Verstorbenen „wegen Atheismus und wütendstem Jacobinismus.“

Itzstein und Hofmann verkörpern das Weiterwirken, das gleichsam permanente Rauschen jener Ideen der Menschenrechte, der Volksouveränität, der demokratischen Mitbestimmung sowie der Meinungs- und Pressefreiheit, die seit 1792/93 in neuer Qualität miteinander verbunden wurden. Die Be-

schäftigung mit solchen Persönlichkeiten, ihrem jeweiligen persönlichen Umfeld und den damit einhergehenden, auch familiären Prägungen erscheint vielversprechend. Auch in der Bergzaberner Republik aktive Personen gehören Familien an, aus denen Mitglieder beim Hambacher Fest und während der Revolution von 1848/49 tätig wurden. Aus solcher generationenübergreifenden Perspektive könnten noch differenzierter und eindringlicher als bisher Entwicklungslinien und Wandlungen in der ambivalenten Genese unserer parlamentarischen Traditionen und den damit einhergehenden Vorstellungen von Demokratie deutlich werden.

Anhang

Hinweise zur Karte (Abb. 5 b): „Die Bergzaberner Republik. Gemeinden in der südlichen Pfalz (31), die am 15. März 1793 mit der Französischen Republik vereinigt wurden.“

Es handelt sich um Gemeinden aus dem kurpfälzischen Oberamt Germersheim (15), dem Oberamt Bergzabern des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken (12), der Herrschaft der Grafen von Degenfeld (3), der Herrschaft der Freiherren von Dalberg (1) sowie der Herrschaft des Johanniterordens Heimbach (1). Nicht berücksichtigt wird die ebenfalls von Aufständen geprägte Herrschaft Ingenheim der Freiherren von Gemmingen.

In der Überschrift des Dekrets des Pariser Nationalkonvents ist von 32 Gemeinden die Rede. Im Text werden wohl deshalb nur 31 namentlich aufgeführt, weil die Orte Drusweiler und Kapellen eine Gemeinde bildeten.

Grundlagen der Karte:

Jean-Baptiste DUVERGIER (Hg.), Collection complète des lois, décrets, ordonnances, réglemens et avis du Conseil d'État de 1788 à 1824 inclusivement, par ordre chronologique, suivie d'une table analytique et raisonné des matières, 5. Paris 1825, S. 246. Permalink: <http://mdz-nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bvb:12-bsb10550108-6>.

Franz-Xaver REMLING, Die Rheinpfalz in der französischen Revolutionszeit von 1792 bis 1789. Ein urkundlicher Beitrag zur vaterländischen Geschichte, 1. Speyer 1865, S. 160f.

Literaturhinweise:

Michael MARTIN, Revolution in der Provinz. Die Französische Revolution in Landau und der Südpfalz (Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Landau in der Pfalz 2). Landau 1995.

Michael MARTIN, „Die ersten modernen Wahlen auf deutschem Boden“ – Die Bergzaberner Republik 1792/93 (Blätter zum Land 74). Mainz 2017.

Erich SCHUNK, Die Mutterstadt der Freyheit (in Druckvorbereitung).